

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/158

20. August 1973

Vertretung Westberlins nicht teilbar

Entspannungspolitik muß am Geist der Verträge
gemessen werden

Von Dr. Hubert Weber MdB
Stellv. Mitglied des Rechtsausschusses des
Bundestages

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Den CDU-Boß jetzt beim Wort nehmen!

Dr. Kohl: Bundesrepublik muß sozialer Modell-
staat werden

Seite 3 / 39 Zeilen

Politik des Hü und Hott

Das steuerpolitische "Konzept" von CDU und CSU

Von Rainer Offergeld MdB
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Das Gebot unserer Zeit

Eine Würdigung des ermordeten Sozialdemokraten
Felix Fechenbach

Von August Berlin
SPD-Bundestagsabgeordneter von 1949 bis
1972

Seite 6 bis 8 / 119 Zeilen

Vertretung Westberlins nicht teilbar

Entspannungspolitik muß am Geist der Verträge gemessen werden

Von Dr. Hubert Weber MdB

Stellv. Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Mit offensichtlicher Schadenfreude genießen einige rechtsstehende Journalisten und Oppositionspolitiker den Streit um bestimmte auslegungsfähige völkerrechtliche Begriffe im Vier-Mächte-Statut. Sie prophezeien, daß die Regierung nun erstmals in der Ostpolitik stolpere, und sie verweisen darauf, daß sie schon immer gesagt hätten, die Regierung habe die Ostverträge übereilt und nicht mit der notwendigen Sorgfalt nach Hause gebracht. Diese Leute täten besser daran, zu fragen:

1/ Was ist geschehen ?

2/ Wie soll die strittige Frage der Vertretungsbefugnis gelöst werden ?

3/ Sollen die drei für Berlin mitverantwortlichen Westmächte eingeschaltet werden ?

Zu 1/ Im Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 heißt es in der Anlage 4, daß die Bundesrepublik Deutschland die konsularische Betreuung für Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins ausüben kann. Daraus folgern die osteuropäischen Staaten, mit den augenblicklich über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verhandelt wird, nämlich die ČSSR, Bulgarien und Ungarn, daß juristische Personen mit Sitz in Westberlin, also Behörden, Gerichte und öffentlich rechtliche Körperschaften nicht in das Vertretungsrecht der Bundesrepublik Deutschland einbezogen werden können. Die Bundesregierung besteht umgekehrt auf dieser Einbeziehung.

Zu 2/. Die Ostpolitik der Bundesregierung hat in dieser

Phase von zwei Grundsätzen auszugehen:

a/ Die Bundesregierung wird, wie in der Vergangenheit die Rechte Westberlins wahrnehmen. Der Schutz aller Bürger und Institutionen Westberlins durch die Bundesregierung und die Sozialdemokraten wird umfassend sein. Ohne die Politik der Sozialdemokraten würde es heute das Vier-Mächte-Abkommen und auch die Zusatzvereinbarungen für Westberlin nicht geben. Wir werden deshalb auch in der Zukunft diese Rechte wie unseren eigenen Augapfel schützen.

b/ Ohne den Abschluß der Verträge mit der ČSSR, Bulgarien und Ungarn bliebe die Ostpolitik der Bundesregierung auf halbem Wege stehen. Die Bundesregierung wird deshalb alle Mühe aufwenden müssen, um die Verträge mit diesen Staaten abzuschließen, ebenso wie diese Staaten an einem vertraglichen Status zur Bundesrepublik Deutschland nach wie vor interessiert sein werden.

Zu 3/ Die Berlin-Regelung war immer der neuralgische Punkt der Entspannungsbemühungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Alliierten einerseits und den östlichen Ländern andererseits. Deswegen hat die Bundesregierung nicht auch nur ein von den Besatzungsmächten ausgehandeltes Berlin-Abkommen hingenommen, sie hat vielmehr erst durch den Abschluß der Vereinbarungen zur Durchführung und Ergänzung des Vier-Mächte-Abkommens die Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vier-Mächte-Abkommens geschaffen. Deshalb ist es auch nicht die Aufgabe der westlichen Alliierten, bei der Auslegung des Berlin-Abkommens zu intervenieren und noch viel weniger Aufgabe der Bundesregierung, die westlichen Alliierten um Interpretationen zu bemühen.

Sicherlich spricht für die Bundesregierung, daß es im englischen Text "residence" heißt, und es nach dem deutschen Sprachgebrauch dieses Wort sowohl die natürlichen als auch die juristischen Personen umfaßt. Ebenso sprechen für die Bundesregierung das Wiener Konsularabkommen von 1963 und das Haager Übereinkommen über Zivilprozesse von 1954, die eine Unterscheidung zwischen natürlichen und juristischen Personen nicht kennen, sondern von der Einbeziehung juristischer Personen in die konsularische Rechtshilfe ausgehen. Eine Entscheidung kann aber nur fallen, wenn beide Parteien sich den Geist des Berlin-Abkommens vor Augen halten, "zu praktischen Verbesserungen der Lage beizutragen und zwar unbeschadet ihrer Rechtspositionen."

Westberlin ist eine Einheit: Es läßt sich nicht künstlich aufteilen. Dies kommt in der Anlage 4 des Vier-Mächte-Abkommens zum Ausdruck, wenn es heißt, daß "die Bundesrepublik Deutschland die Interessen der Westsektoren in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen vertreten kann." Damit ist für die Bundesregierung gleichzeitig die Verpflichtung ausgesprochen, die Vielfalt menschlicher und staatlicher Beziehungen zu beachten. Das werden die Verhandlungspartner aus der ČSSR, Bulgarien und Ungarn respektieren, wenn sie Entspannungspolitik nicht am Wortlaut, sondern am Geist von Verträgen messen.

(-/20.8.1973/ks/va/hh)

+ + +

Den CDU-Boß jetzt beim Wort nehmen!

Dr. Kohl: Bundesrepublik muß sozialer Modellstaat werden

Der neue CDU-Vorsitzende - im immer noch ungestümen Bestreben, sich ein besseres Image zu verschaffen, als es sein verunglückter Vorgänger besaß - hat eine Aussage gemacht, aus deren Verbindlichkeit man ihn von jetzt an nicht mehr entlassen sollte. Dr. Helmut Kohl hat sich mit der Forderung identifiziert, daß die Bundesrepublik als der freie Teil unseres Vaterlandes weiter zu einem Modellstaat und einer Modellgesellschaft einer sozialgerechten und rechtsstaatlichen Ordnung ausgebaut werden solle.

Man könnte jetzt sicher in bitteren Sarkasmus verfallen und Dr. Kohl daran erinnern, daß die CDU, an deren Spitze er selbst schon jahrelang verantwortlich mitgewirkt hat, in den 20 Jahren ihrer Bonner Regierungsherrschaft praktisch nichts getan hat, um zumindest in Ansätzen die Bundesrepublik zu einem solchen Modellstaat und einer solchen Modellgesellschaft zu entwickeln. Man könnte im gleichen bitteren Sarkasmus den neuen CDU-Vorsitzenden daran mahnen, daß in den Jahren der sozialliberalen Regierung diese CDU dort, wo immer nur sie konnte, stets als Bremsblock gegen die fälligen Reformen in Aktion getreten ist.

Wichtiger aber dürfte im Interessen des ganzen sein, daß man jetzt diese verbindliche und verpflichtende Aussage Dr. Kohls fest in Händen hat. Die Reformpakete, die die sozialliberale Bundesregierung auf den Parlamentstisch legen wird, um der längst überfälligen Entwicklung der Bundesrepublik zu einem Modellstaat und zu einer Modellgesellschaft eine breite Gasse zu bahnen. Diese Reformpakete werden also jetzt der Unterstützung auch durch den CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl gewiß sein können, wenn anders er sich nicht vor uns allen als ein Mann entlarven will, der nur redet und die Taten scheut.

Wir alle in dieser Bundesrepublik werden jetzt den CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl beim Wort nehmen - und wir werden ihm keine Chance lassen, sich aus diesem Wort zu stehlen!
(ee/20.8.1973/bcy/ee)

+ + +

Politik des Hü und Hott

Das steuerpolitische "Konzept" von CDU und CSU

Von Rainer Offergeld MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestags

Stimmt der Vorwurf, daß CDU und CSU über kein Konzept in der Steuerpolitik verfügen ? Oder weiß die Opposition, was sie will ?

Als die Bundesregierung ihr Stabilitätsprogramm verkündete, wußten es CDU und CSU ganz genau: durch das Stabilitätsprogramm werde der private Konsum zu wenig getroffen. Strauß und Narjes schlugen daher vor, auch die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen mit einem Konjunkturzuschlag zu belasten. Kaum war aber das Stabilitätsprogramm in Kraft gesetzt, da wußten es CDU und CSU freilich noch besser: der private Konsum sollte nunmehr nicht getroffen, sondern belebt werden. Die Opposition entdeckte ihr Herz für den kleinen Mann.

Bereits zum 1. Januar 1974 möchte sie daher, unabhängig von der Konjunkturlage, die Rosinen aus dem Steuerreformprogramm der Bundesregierung herauspicken. Das sei, so dozierte CDU-MdB Leicht, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, nicht nur konjunkturpolitisch unbedenklich, sondern führe zu mehr Preisstabilität; denn das ermögliche den Tarifpartnern niedrigere Lohnvereinbarungen. Dabei übersieht MdB Leicht geflissentlich, daß selbst ein Steuerverzicht von mehreren Milliarden DM angesichts einer Brutto Lohnsumme von rd. 500 Milliarden (im Jahre 1973) kaum ins Gewicht fällt.

Doch Höcherl und Leicht haben ihre Rechnung ohne den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger gemacht, der zu

der Erkenntnis gelangte, daß die Länder bei Steuererleichterungen erhebliche Steuerausfälle verzeichnen müßten, und der davor warnte, Steuererleichterungen in Aussicht zu stellen, ohne die Bedürfnisse und Verpflichtungen der Länder zu respektieren. Solche Haushaltssorgen wiederum plagten den rheinland-pfälzischen Finanzminister nicht. Gaddum hat angeblich verfassungsrechtliche Skrupel und droht mit einer abstrakten Normenkontrollklage. Er will offenbar die Übung von Oppositionspolitikern fortsetzen, politische Meinungsverschiedenheiten vor dem Verfassungsgericht auszutragen. Bei der Finanzministerkonferenz vor wenigen Wochen sah Gaddum noch keinen Anlaß, die Kollegen mit seinen quälenden verfassungsrechtlichen Sorgen vertraut zu machen.

Die "Konzeption" von CDU und CSU ist also "glasklar".

Erstens: Harte Maßnahmen zur Wiedererlangung der Stabilität fördern, weil das populär ist.

Zweitens: Harte Maßnahmen zur Wiedererlangung der Stabilität ablehnen, wenn die Maßnahmen weh tun.

Drittens: Frühzeitig - wenn auch stabilitätspolitisch zur unrechten Zeit - Steuersenkungen fordern, um später sagen zu können, die Entlastungsmaßnahmen seien nur dem Drängen der Opposition zu verdanken.

Viertens: Steuersenkungen ablehnen, weil sonst erhebliche Einnahmeausfälle zu verzeichnen wären.

Fünftens: Mit dem Gang nach Karlsruhe drohen, um die sowohl geforderten als auch abgelehnten Steuersenkungen zu erzwingen.

Daß steuerliche Entlastungen zu Gunsten kleinerer und mittlerer Einkommen im Rahmen eines Gesamtkonzepts so bald wie möglich kommen werden, ist CDU und CSU bekannt.

Das "Handelsblatt" kommentierte die steuerpolitische "Konzeption" der Opposition mit der Überschrift: "Steuerwohltaten mit einem Hauch von Schizophrenie". - Frage: Was heißt hier Hauch ?

(-/20.8.1973/wt/ee)

+ + +

Das Gebot unserer Zeit

Eine Würdigung des ermordeten Sozialdemokraten Felix Fechenbach

Von August Berlin

SPD-Bundestagsabgeordneter von 1949 bis 1972

Die Zeit fließt, und Tagesereignisse und Berichte, sensationell angehaucht oder geprägt, finden bei den meisten Menschen die größere Aufmerksamkeit. Wer interessiert sich da noch für Menschen, die eingegangen sind in die Geschichte, aus der wir uns nicht herauswinden können und dürfen?

Dies gilt auch und vielleicht besonders für uns Sozialdemokraten, wenn der Name Felix Fechenbach genannt wird. Er gehört auch heute noch zu uns und ist aus dem geschichtlichen Geschehen der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Beginn der politisch dunklen Zeit im Jahre 1933 nicht wegzudenken.

Wer war dieser Felix Fechenbach? Er wurde am 28. Januar 1894 in Mergentheim geboren. Kurze Zeit darauf siedelten seine Eltern nach Würzburg über. Der Vater war Bäcker, die Mutter besorgte das Ladengeschäft. Die fünf Söhne mußten als Ausläufer helfen. Felix besuchte die jüdische Elementarschule, später die Realschule. Mit knapp 14 Jahren kam er in die Lehre bei einem Schuhgroßhändler. Er lernte drei Jahre lang und ging dann nach Frankfurt. Die Eltern machten Konkurs. Es ging ihm sehr schlecht, zumal er wenig verdiente. 1912 kam er nach München ins Arbeitersekretariat. Von 1914 bis 1918 war er Soldat, 1918 bis 1919 Sekretär bei Eisner, 1919 bis 1920 Redakteur in Aussig/Böhmen, 1921 bis 1922 Angestellter in Halle.

Im September 1922 wurde Fechenbach vor dem Volksgericht in München I wegen Landesverrats angeklagt und ihm der Prozeß gemacht. Dr. Robert Kempner schrieb dazu in einer Betrachtung: "Schon aus den Prozeßberichten war zu ersehen, daß es sich um einen Justizskandal von größerem Ausmaße handelte. Die Prozeßführung von Hass, der schon an der Voruntersuchung mitgewirkt hatte, ist in der deutschen Justizgeschichte später nur durch

die Prozeßführung von Roland Freisler während der NS-Zeit über-
troffen worden."

Der Prozeß gegen Felix Fechenbach und Genossen fand im
Oktober 1922 statt. Das Urteil für ihn, gefällt am 20. Oktober
1922, lautete auf elf Jahre Zuchthaus. Von 1922 bis zu seiner
vorzeitigen Entlassung im Jahre 1924 befand er sich im Zuchthaus
in Ebrach. Dann war er bis 1929 als freier Schriftsteller in
Berlin tätig und wirkte vom Herbst 1929 bis 1933 als Redakteur
der sozialdemokratischen Tageszeitung "Volksblatt" in Detmold,
das am 2. März 1933 letztmalig erschien. Die vorausgegangenen
Ausgaben trugen im Zeitungskopf die Zeile: "Erscheint unter der
Notverordnung der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg". Am 11.
März 1933 wurde Felix Fechenbach in "Schutzhaft" genommen.

Politisch war Felix Fechenbach mit knapp 14 Jahren Mitglied
und später Funktionär der Arbeiterjugend. Als Parteimitglied be-
kannte er sich zur "Fraktion Aufhäuser-Sender"; er war ein Feind
jeder Zersplitterung und Splitterpartei. Im Kampf gegen den
Nazismus zog er sich den grenzenlosen Haß der Nationalsozialisten
zu. Als Werbebezirksleiter der Sozialistischen Arbeiterjugend im
Land Lippe, als junges Mitglied der SPD und durch die Erlebnisse
in den damaligen Wahlkämpfen habe ich Felix Fechenbach in der
gemeinsamen Arbeit gut kennengelernt und auch eine enge Verbin-
dung mit der Familie Fechenbach gefunden. Die Pflege des schlichten
Grabes von Felix Fechenbach auf dem Judenfriedhof in Rimbeck-
Scherfede ist mir immer eine selbstverständliche Treuepflicht
gewesen.

Ein umfangreicher Nachlaß von Felix Fechenbach befindet sich,
archivarisch geordnet, in der Friedrich-Ebert-Stiftung/ Archiv der
sozialen Demokratie in Bonn-Bad Godesberg. Zu seinem Gedenken ist
im Jahre 1936 im Eichenverlag Arbon/Schweiz "Das Felix Fechenbach-
Buch" erschienen, das über 400 Seiten die ganze Fülle seines per-
sönlichen Lebens sowie seines politischen Wirkens darstellt. Dies
Buch ist im Buchhandel schon lange nicht mehr erhältlich. Eine
Neuaufgabe wäre eine Fundgrube für die deutsche Geschichte.

Die Briefe von Felix Fechenbach, die er aus der Schutzhaft
an seine Frau Irma geschrieben hat, sind in einem 60 Seiten starken
Buch mit einem Vorwort von Heinrich Mann zusammengefaßt, aber auch
schon lange vergriffen. "Zu diesen schönen Briefen" schreibt
Heinrich Mann: "Aus diesen Blättern weht der Duft des Veilchens,
das einst zu Haus auf unserer Heide stand... Eine sanfte Seele,
arglos, wie nach drei Jahren der deutschen Greuel niemand mehr
sein könnte, aber er war einer der ersten, die es traf, er wußte
es nur noch nicht. Es sind Dokumente eines Menschenherzens, das
die Unmenschlichkeit zertrat. Das aber weiterschlägt für alle,
die ein Ohr haben für die Stimme der Menschlichkeit. Die Gesinnung,
die aus den Worten und Gedanken spricht, mit denen Felix Fechenbach
aus dem Gefängnis in den Tod ging, wird leben, wenn seine Mörder,
vom Fluch der Menschheit ereilt, vergessen sind."

Viele gute Freunde und politische Kampfgefährten hatten ihm
zu Beginn und im Frühjahr des Jahres 1933 den Rat gegeben, Deutsch-
land zu verlassen. Dazu schreibt er in einem Brief an seine Frau
Anfang Juni 1933: "Es ist mir lieb zu wissen, daß Du Verständnis
dafür hast, daß ich im März nicht davongelaufen bin. Ich konnte

jedenfalls nicht anders handeln. Es wäre ein Treubruch gegen die lippischen Arbeiter gewesen. Ich will lieber die Schutzhaft ertragen, als daß man mich feig und treulos nennen könnte."

Am 7. August 1933 wurde Felix Fechenbach auf einem Transport, der in das Konzentrationslager Dachau bei München führen sollte, im Kleinenberger Walde bei Scherfede "auf der Flucht erschossen": ihn hatten viele Schüsse in den Rücken getroffen. Die Kunde über seinen Tod ging wie ein Lauffeuer durch Lippe. Es wurden auch zugleich die Namen der Mörder genannt: Wiese, Focke, Grüttemeyer, alle sehr aktive Nationalsozialisten aus Detmold. Die Schwurgerichtsprozesse gegen die Mörder Fechenbachs, im Jahre 1948 gegen Wiese und 1969 gegen Grüttemeyer, habe ich als Augen- und Ohrenzeuge erlebt. Der SS-Mann Wiese wurde 1948 als Mittäter zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Schwurgerichtsprozeß vom 27. Januar bis zum 5. Februar 1969 stand der frühere Standartenführer Grüttemeyer vor den Schranken des Gerichts und wurde wegen Beihilfe zum Mord zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Wegen meiner persönlich-menschlichen Verbindung zur Familie Fechenbach und in bleibender Erinnerung an den ermordeten Freund habe ich mich bereit erklärt, für die Errichtung eines würdigen Gedenksteinnes als Mahnmal sorgen zu wollen. Dies Werk ist nun beendet, meine übernommene Aufgabe abgeschlossen. Der Gedenkstein befindet sich am Ort des grausigen Geschehens im Kleinenberger Walde. Am Sonnabend, dem 25. August 1973, wird um 10,30 Uhr in einer "Fechenbach-Gedenkstunde" der Stein durch den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, enthüllt und der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die Gedenkstunde steht unter dem Motto: "Das Gebot unserer Zeit". Alle die, wir leben und in der täglichen Bauarbeit für eine bessere Welt stehen, wollen uns erinnern, wollen lernen und mahnen. Der Gedenkstein und die Gedenkstunde sind ein Beitrag zur Mahnung an nachkommende Generationen, unmenschliche Handlungen zu verurteilen und zu verhindern und auch im großen politischen Geschehen die Humanität, das höchste Gesetz der Menschlichkeit, immer wieder als festen Bestandteil des Bewußtseins in unserer Gesellschaft neu zu begründen, zu pflegen und auch zu verteidigen, wenn Gefahr droht. (-/20.8.1973/ks/ee)